

Weitere Kreise stoppen Export von Rindern

KIEL Nach dem Kreis Rendsburg-Eckernförde haben auch die Kreise Steinburg und Nordfriesland den Export von Rindern in 14 Staaten außerhalb der Europäischen Union verboten. Hintergrund sind Berichte über tierquälerische Tiertransporte und grausame Praktiken beim Schächten. *sh:z*

Wirtschaft



Bei Transporten und Schlachtungen kommt es in vielen Ländern zu Verstößen gegen den Tierschutz.

FOTO: KLUGE/DPA

Tierquälerei: Kreise verbieten Rinderexport in Drittstaaten

Verstöße gegen Tierschutz-Standards bei Transport und Schlachtung – Folgen werden juristisch geprüft

Von Dieter Schulz

KIEL Immer mehr Kreise verbieten den Export von Rindern in Staaten außerhalb der EU. Nach Rendsburg-Eckernförde haben jetzt auch die Kreise Steinburg und Nordfriesland entsprechende Verfügungen erlassen. Hintergrund ist ein Aufsatz des Juristen Alexander Maisack und des österreichischen Tiertransport-Inspektors Alexander Rabitsch in der Zeitschrift „Amtstierärztlicher Dienst und Lebensmittelkontrolle“, in dem erklärt wird, dass Veterinäre sich der Beihilfe zur Tierquälerei schuldig machen, wenn sie die Transporte in Länder genehmigen, aus denen Verstöße gegen Tierschutz-Standards bekannt seien. Das betreffe sowohl den Transport der Tiere als auch deren Schlachtung.

Der Landrat von Rendsburg-Eckernförde, Rolf-Oliver Schwemer, will dies nun juristisch prüfen. „Ich setze auf die Landesregierung, dass

die erforderlichen Abstimmungen zügig eingeleitet und auf Bundes- bzw. EU-Ebene dann auch zu einem Abschluss gebracht werden“, so Schwemer, der sich dafür mit der Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein (RSH) auf ein vierwöchiges Moratorium

.....
„Die Schlachtbetriebe in Drittländern sind für uns eine Blackbox. Wir wollen auf Ebene von Bund und Ländern versuchen, Licht in die Blackbox zu bringen.“

Anke Erdmann
Staatssekretärin

.....
geeignet hat, in dem keine Rinder in Drittstaaten exportiert werden.

RSH-Geschäftsführer Matthias Leisen sprach mit Blick auf das Moratorium von einem konstruktiven Dialog mit dem Kreis, aber auch von einem gravierenden Einschnitt für das Unternehmen. Die Genossenschaft würde jährlich

9000 Rinder vermarkten, davon gingen 6000 in den Export. Ein gutes Drittel davon in die vom Moratorium betroffenen Staaten. Rund 800 dieser Zuchttiere würde über den Standort Dätgen verladen, durch das Moratorium würden zwei bis drei Transporte ausfallen. Das werde bei den Züchtern zu Einnahmeverlusten führen, auch wenn die Genossenschaft versuche, die Tiere in andere Staaten zu vermarkten. Leisen betonte, RSH habe noch nie Schlachtvieh vermarktet. Da Zuchtrinder das Doppelte von Schlachttieren kosteten, sei es unwahrscheinlich, dass diese wertvollen Tiere im Bestimmungsland geschlachtet würden.

Im zuständigen Landwirtschaftsministerium bemüht man sich, das Problem zu klären, damit Veterinäre zum Beispiel für Vorgänge bei der Schlachtung nicht rechtlich belangbar sind. Das Problem sei Thema auf einem heute beginnenden Bund-Länder-

Treffen, erklärte ein Sprecher von Landwirtschaftsminister Jan-Philipp Albrecht (Grüne). Auch auf der nächsten Agrarministerkonferenz im April werden die Rinderexporte angesprochen. Die Transporteure hätten einen Anspruch auf Genehmigung, wenn sie formale Kriterien während des Transportes erfüllen, so der Ministeriumssprecher. Eine Verordnung der Europäischen Union betrachte aber nur den Transport, nicht die Schlachtung vor Ort. Die Staatssekretärin für Landwirtschaft, Anke Erdmann (Grüne), erklärte dazu: „Die Schlachtbetriebe in Drittländern sind für uns eine Blackbox. Wir wollen auf Ebene von Bund und Ländern versuchen, Licht in die Blackbox zu bringen.“

Betroffen von dem Exportstopp sind die Türkei, Jemen, Libanon, Marokko, Algerien, Ägypten, Aserbaidschan, Syrien, Jordanien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Kreis verlängert Exportstopp für Rinder

Landrat Schwemer fordert „wirksame Verbesserungen“ auf EU-Ebene – Rinderzucht-Genossenschaft:

VON HANS-JÜRGEN JENSEN

RENDSBURG. Landrat Rolf-Oliver Schwemer hat den Transportstopp für Rinder in 14 weit entfernte Länder auf vier Wochen verlängert. Es geht um den Vorwurf der Tierquälerei bei den tagelangen Fahrten. So sind es mehr als 6000 Kilometer bis nach Kirgistan, eines der Zielländer. Die Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein (RSH) steht hinter dem verlängerten Stopp. Geschäftsführer Matthias Leisen spricht von einem Kompromiss, „der uns Zeit verschafft, um zu sehen, wie wir das Problem lösen können“. Sein Unternehmen betreibt in Dätgen bei Nortorf einen zentralen Stall für Rinderexporte aus ganz Schleswig-Holstein. Für die Genehmigung der Fahrten sind die Amtstierärzte des Kreises Rendsburg-Eckernförde zuständig.

Er habe gestern den vor wenigen Tagen verhängten Stopp nach einem Gespräch mit der RSH um zwei Wochen verlan-



Die EU greift nicht ein. Ausbaden müssen es die Veterinäre. Das will ich nicht mehr hinnehmen.

Rolf-Oliver Schwemer,
Landrat

gert, sagte Schwemer. Der Kreis wolle die Zeit nutzen, um rechtliche Fragen im Zusammenhang mit den Transportgenehmigungen zu klären. Die RSH habe zugesichert, in der Zeit keine rechtlichen Schritte ge-



Der Exportstall der Rinderzucht Schleswig-Holstein eG in der Wilhelmshöhe in Dätgen wirkt wie ausgestorben.

FOTO: BEATE KÖNIG

gen den Kreis zu unternehmen.

Es gehe um die Frage, ob sich seine Tierärzte strafbar machen, wenn sie die Transporte genehmigen, „ohne überprüfen zu können, was wirklich passiert“, erklärte Schwemer gestern gegenüber dieser Zeitung. In einem Artikel einer Fachzeitschrift hatte der prominente Jurist Christoph Maisack geschrieben, Veterinäre könnten sich der Beihilfe schuldig machen, wenn sie die umstrittenen Transporte genehmigten. Es sei egal „wann, wo und durch wen das exportierte Tier schließlich geschlachtet wird“. Dazu er-

klärte Schwemer: „Es ist eine gut begründete Sichtweise. Ich kann es aber nicht abschließend entscheiden. Ich brauche eine Klärung entweder durch das Landwirtschaftsministerium oder durch ein Urteil.“ Es gebe aber auch eine andere Rechtsauffassung.

Schwemer warf der Europäischen Union Untätigkeit vor: „Die Praktiken sind dort seit längerem bekannt. Trotzdem gibt es bis jetzt keine wirksamen Verbesserungen auf EU-Ebene. Ausbaden müssen es die Veterinäre auf Kreisebene. Diese sind alleine gelassen. Das will ich

nicht länger hinnehmen.“ Nach dem Gespräch mit Vertretern der Rinderzucht-Genossenschaft sei er „froh, dass wir das Ergebnis gefunden und Zeit haben, die offenen Fragen zu klären“. Gleichzeitig nahm er das Unternehmen in Schutz: „Meine Kritik richtet sich nicht gegen die RSH, sondern gegen die EU, die keine Antworten gibt.“

1000 Rinder traten im vergangenen Jahr aus dem Exportstall in Dätgen bei Nortorf heraus ihre Reise nach Südosteuropa, Nordafrika, Asien oder den Nahen Osten an. Der Stall gehört der (RSH), einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. Das Unternehmen wehrt sich: „Wir haben noch nie Schlachtrinder exportiert“, sagt Geschäftsführer Matthias Leisen. Es seien „immer nur Zuchtrinder“ gewesen, die in Dätgen verladen wurden. Sein Unternehmen gehe davon aus, dass die Tiere in den Empfängerländern zur Zucht eingesetzt wurden. „Irgendwann“ endeten sie auf einem Schlachthof. Das sei der natürliche Lauf.



In Dätgen betreibt die Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein ihren zentralen Exportstall. Hier starten die Tiertransporte. Bis zum Stopp gingen die umstrittenen Fahrten unter anderem nach Usbekistan, Kirgisistan, Marokko, in den Jemen, den Libanon und die Türkei.

FOTO: BEATE KÖNIG

Sind Amtstierärzte Mittäter?

Landrat Schwemer verlängert Stopp für qualvolle Rindertransporte in weit entfernte Länder und fordert EU-Lösung

VON HANS-JÜRGEN JENSEN

RENDSBURG. Landrat Rolf-Oliver Schwemer hat den Transportstopp für Rinder in 14 weit entfernte Länder auf vier Wochen verlängert. Es geht um den Vorwurf der Tierquälerei bei den tagelangen Fahrten. So sind es mehr als 6000 Kilometer bis nach Kirgistan, eines der Zielländer. Die Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein (RSH) steht hinter dem verlängerten Stopp. Geschäftsführer Matthias Leisen spricht von einem Kompromiss, „der uns Zeit verschafft, um zu sehen, wie wir das Problem lösen können“. Sein Unternehmen betreibt in Dätgen

bei Nortorf einen zentralen Stall für Rinderexporte aus ganz Schleswig-Holstein. Für die Genehmigung der Fuhrten sind die Amtstierärzte des Kreises Rendsburg-Eckernförde zuständig.

Er habe gestern den vor wenigen Tagen verhängten Stopp nach einem Gespräch mit der Rinderzucht-Genossenschaft um zwei Wochen verlängert, sagte Schwemer. Der Kreis wolle die Zeit nutzen, um rechtliche Fragen im Zusammenhang mit den Transportgenehmigungen zu klären. Die RSH habe zugesichert, in der Zeit keine rechtlichen Schritte gegen den Kreis zu unternehmen.

Es gehe um die Frage, ob sich seine Tierärzte strafbar machen, wenn sie die Transporte genehmigen, „ohne überprüfen zu können, was wirklich passiert“, erklärte Schwemer gestern gegenüber dieser Zeitung. In einem Artikel einer Fachzeitschrift hatte der prominente Jurist Christoph Maisack geschrieben, Veterinäre könnten sich der Beihilfe schuldig machen, wenn sie die umstrittenen Transporte genehmigten. Es sei egal „wann, wo und durch wen das exportierte Tier schließlich geschlachtet wird“. Dazu erklärte Schwemer: „Es ist eine gut begründete Sichtweise. Ich kann es aber nicht abschließend entscheiden. Ich brauche eine Klärung entweder durch das Landwirtschaftsministerium oder durch ein Urteil.“ Es gebe aber auch eine andere Rechtsauffassung.

Schwemer wartet der Europäischen Union Untätigkeit vor: „Es muss eine Lösung auf EU-Ebene geben. Die Praktiken sind dort seit längerem bekannt. Trotzdem gibt es bei jetzt keine wirksamen Verbesserungen auf EU-Ebene. Ausbaden müssen es die Veterinäre auf Kreisebene. Diese sind alleine gelassen. Das will ich nicht länger hinnehmen.“ Daher habe er die Transporte ge-



Landrat Rolf-Oliver Schwemer (parteilos) hat entschieden: Bis Mitte März dürfen Rinder nicht mehr in 14 weit entfernte Länder exportiert werden.

FOTO: WOLFGANG MAHNKOPF

stoppt. Nach dem Gespräch mit Vertretern der Rinderzucht-Genossenschaft sei er „froh, dass wir das Ergebnis gefunden und Zeit haben, die offenen Fragen zu klären“. Gleichzeitig nahm er das Unternehmen in Schutz: „Meine Kritik richtet sich nicht gegen

die RSH, sondern gegen die EU, die keine Antworten gibt.“

In seinem Artikel nennt Jurist Maisack mögliche Qualen in den weit entfernten Schlachthöfen: „Fesselung, Griff in die Augen, mehrfach hintereinander ausgeführte Entblutungsschnitte, minutenlang während Todeskampf.“ Schwemer: „Dieser qualvolle Umgang mit den Tieren, wie es aus Berichten hervorgeht, ist für mich nicht hinnehmbar. Zu einem solchen Umgang mit Tieren darf es nicht mehr kommen. Dazu brauchen wir wirksame Instrumente, um das sicherzustellen.“

Züchter: Haben mit Tierquälerei nichts zu tun

1000 Rinder traten im vergangenen Jahr aus dem Exportstall in Dätgen bei Nortorf heraus ihre Reise nach Südosteuropa, Nordafrika, Asien oder den Nahen Osten an. Der Stall gehört der 1992 gegründeten Rinderzucht Schleswig-Holstein (RSH), einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. Das Unternehmen wehrt sich gegen Kritik. „Wir haben noch nie Schlachtrinder exportiert“, sagt Geschäftsführer Matthias

Leisen. Es seien „immer nur Zuchtrinder“ gewesen, die in Dätgen verladen wurden. Sein Unternehmen gehe davon aus, dass die Tiere in den Empfängerländern zur Zucht eingesetzt wurden. „Irgendwann“ endeten sie aber auf einem Schlachthof. Das sei der natürliche Lauf. Mit Tierquälerei wolle sein Unternehmen nichts zu tun haben: „Wir verkaufen kein Tier, damit es tierquälereischen Handlungen ausgesetzt ist.“

„Die EU greift nicht ein. Ausbaden müssen es die Veterinäre. Das will ich nicht mehr hinnehmen.“

Rolf-Oliver Schwemer,
Landrat

Tiertransporte: Export-Stopp greift ins Leere

Rindererzeuger können Sperrung von Schleswig-Holsteins einziger Sammelstelle für Ausfuhr in Problem-Staaten legal umgehen

KIEL Obwohl die landesweit einzige Sammelstelle für den Rinder-Export derzeit kein Vieh in 13 tierschutzrechtlich problematische Staaten weiterleiten darf, können Rinder aus Schleswig-Holstein trotzdem über andere Bundesländer dorthin gelangen. Das bestätigte der Geschäftsführer der Rinderzucht Schleswig-Holstein (RSH), Matthias Leisen.

„Das ist Praxis“, sagte Leisen. Nach Informationen unserer Zeitung werden aus nahezu allen Teilen Schleswig-Holsteins Rinder über Sammelstellen in Niedersachsen zum Beispiel nach Marokko, in die Türkei, den Libanon oder nach Ägypten geliefert. Diese Mittelmeer-Anrainer stehen mit weiteren Nahost-Staaten sowie Kasachstan und dessen südlichen Nachbarn unter Verdacht, Tierschutz-Standards zu unterlaufen. Deshalb ist in Fachkreisen die Warnung laut geworden, Veterinäre könnten sich der Beihilfe zur Tierquälerei strafbar machen, wenn sie Transporte dorthin genehmi-

gen. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat daraufhin für zunächst für vier Wochen verboten, dass Rinder von der Sammelstelle Dätgen bei Nortorf für eines der 13 kritisierten Länder verladen werden. Damit wollte der Kreis diese Staaten eigentlich komplett vom Bezug schleswig-holsteinscher Rinder abriegeln – denn Dätgen ist die einzige Verladestelle dieser Art im nördlichsten Bundesland. Der Versuch geht jedoch ins Leere: Die Erzeugergemeinschaft schles-

wig-holsteinscher Rinder kann andere Export-Sammelstellen in Deutschland ansteuern. Im Inland benötigen sie keine Transportgenehmigung. Es reicht, wenn ein Veterinär für die Tiere ein Gesundheits-Attest aushändigt. „Diese Bescheinigungen werden in Schleswig-Holstein ganz überwiegend weiterhin ausgestellt, auch vom Kreis Rendsburg-Eckernförde“, sagt dessen Landrat Rolf-Oliver Schwemer. „Rechtlich gibt es nach dem Ergebnis unserer Prüfung

keine Möglichkeit, solche Atteste zu verweigern.“

Rinder, denen Dätgen nun nicht mehr offenstehe, könnten über Sammelplätze südlich der Elbe exportiert werden, erklärt RSH-Geschäftsführer Leisen – auch in Länder, die Rendsburg-Eckernförde eigentlich unzugänglich machen will. Ohnehin ist in der Vergangenheit nach Angaben der RSH nur knapp die Hälfte der Rinder-Exporte aus Schleswig-Holstein in die 13 kritisierten Staaten über Dätgen gelaufen. Alle sonstigen seien auch bisher über andere Bundesländer exportiert worden, weil man sie dort mit Tieren aus anderen Bundesländern für Großabnehmer gebündelt habe.

Landrat Schwemer zeigt sich ernüchtert: „Dem Tierwohl ist nicht gedient, wenn Betriebe, die von meinem Moratorium betroffen sind, nun auf Sammelstellen in anderen Bundesländern ausweichen.“ So lange dort Kreise weiter bereit seien, Transportgenehmigungen zu erteilen, gingen seine Bemü-

hungen ins Leere. Ein einheitliches Vorgehen „mindestens auf Bundesebene, besser noch auf europäischer Ebene“ sei „zwingend erforderlich“. „Ansonsten werden wir nicht weniger, sondern möglicherweise noch mehr Tiertransporte bekommen. Dem Tierwohl wäre damit ein Bärendienst erwiesen.“ Kurzfristig ruft Schwemer nach bayerischem Vorbild zu einem Runden Tisch auf Landesebene auf. Dort sollten sich alle Interessenvertreter auf eine Liste von Drittländern verständigen, in die nicht mehr exportiert werden darf.

RSH-Geschäftsführer Leisen warnt vor einer Insel-Lösung nur für das Land: „Dann zahlen allein die schleswig-holsteinischen Landwirte die Zeche.“

Ein Sprecher des Kieler Landwirtschaftsministeriums bekräftigt: „Uns ist klar, das schnellstmöglich ein abgestimmter Umgang gefunden werden muss.“ Dazu diene auch ein Arbeitstreffen zwischen Bund und Ländern am Freitag.

ffu



Der Kreis Rendsburg-Eckernförde will erreichen, dass Standards für Schlachttiere eingehalten werden. FOTO: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG PHOTO

Das Leiden der Tiere

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat den Export von Rindern nach Nordafrika, Südosteuropa, Asien und in den Nahen Osten vorerst gestoppt, um qualvolle Tiertransporte und vor allem brutale Schlachtmethoden in den Zielländern zu verhindern. Auslöser waren der Fachaufsatz eines prominenten Juristen und Medienberichte. Auch die Kreise Steinburg und Stormarn haben entsprechende Export-Stoppes erlassen. Die Transporte werden ausgesetzt, bis das Landwirtschaftsministerium den Sachverhalt geprüft und entschieden hat.



Ist der Bauernlobby Profit wichtiger als Tierschutz?

„Eine Gesellschaft wird danach beurteilt, wie sie mit ihren Alten umgeht. So heißt es in einer Redensart. Man könnte ergänzen: Wie sie mit den Tieren umgeht. Der Landesbauernverband hat schon Klage angedroht, wenn der von drei Landkreisen verhängte Transportstopp länger als vier Wochen dauert. Man kann daran erkennen, dass einigen Bauernfunktionären der Profit wichtiger ist als der Tierschutz. Sie haben auch bei der Politik durchgesetzt, dass die eigentlich unzulässigen Schlachtviehtransporte über derartige

Distanzen umdeklariert werden in den Transport von „Zuchtrindern“.

Die Bayern haben mit „Rettet die Bienen!“ eigentlich vorgemacht, wie es gehen könnte. Allerdings ist es bislang nur in Bayern möglich, dass aus einem Volksbegehren ein Gesetz werden kann. Im Rest der Republik ist man aber nicht zum Nichtstun verdammt. Unsere Regierung verweist ja gerne auf Europa zur Lösung des Problems. Im Mai stehen Europawahlen an. Das Europaparlament hat sich ja schon zur Abschaffung dieser Transporte

bekannt. Maßgeblich ist aber die Kommission, der Kandidat mit den besten Chancen auf den Posten des Kommissionschefs kommt aus Bayern und heißt Manfred Weber. Für die deutschen Tierfreunde eine einmalige Gelegenheit, eine eindeutige Stellungnahme zu erzwingen. Das Beispiel Bayern hat gezeigt, dass aktiver Tierschutz heute eine größere Rolle spielt als früher. Daran kann und wird die Bauernlobby nichts ändern. Mit oder ohne Klageandrohung.

Dr. Herbert Port, Kronshagen

Es gibt noch viel zu tun

„Diese Veterinärmediziner haben eine Medaille verdient! Warum müssen überhaupt lebende Tiere, auch innerhalb Europas, ja sogar innerhalb Deutschlands, zum Schlachten über weite Strecken transportiert werden? Wie kann es sein, dass immer wieder Kapitalerträge über das Wohlergehen von Lebewesen gestellt werden? Unfassbar ebenso, dass in geschützten Meeresgebieten intensiver gefischt wird als in nicht geschützten. Ich glaube, es gibt noch viel zu tun, packen wir es an.“

Katrin Bähncck, Dänischenhagen



Vier Millionen Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen werden laut Tierschutzbund jedes Jahr von der EU in Drittländer transportiert – viele von ihnen nur, um sie am Zielort zu schlachten. FOTO: ULRICH PERREY

Zuchtvieh wird nicht geschlachtet

„Wie Klaus Peter Lucht richtig sagt, wird ausschließlich Zuchtvieh von Dätgen aus exportiert. Diese Tiere sind sehr teuer und werden schon aufgrund des hohen Preises nicht geschlachtet. Ach ja, Frau Leydag, auch als bereits pensionierte Lehrerin sollten sie noch wissen, dass Spermaexporte von weiblichen Rindern nicht möglich sind.“

Gerd Bock, Ellerdorf



Ein Amtstierarzt kontrolliert den Zustand von Kühen auf einem Tiertransporter in Niedersachsen.

FOTO: DPA

Exportstopp geht nach hinten los

Rinder aus Schleswig-Holstein gelangen über den Umweg Niedersachsen ins Ausland

VON ULRICH METSCHIES

KIEL/RENSBURG. Immer mehr Kreise ziehen nach – doch das zunächst von Rendsburg-Eckernförde verhängte Verbot der Ausfuhr von Rindern aus Schleswig-Holstein in 13 Staaten mit zweifelhaften Tierwohl-Standards greift ins Leere: Statt über die gesperrte Sammelstelle in Dätgen gelangen die Tiere über den Umweg Niedersachsen in die umstrittenen Einfuhrstaaten. Für die Tiere ziehen sich die kräftezehrenden Transporte also noch länger hin als ohnehin schon.

Dennoch sieht die genossenschaftliche Rinderzucht Schleswig-Holstein (RSH) weder ein Indiz für Tierquälerei noch eine illegale oder unmoralische Umgehung des Exportmoratoriums. „Rinder über Sammelstellen außerhalb des Landes zu exportieren, ist eine gängige und zulässige Praxis“, sagt RSH-Geschäftsführer Matthias Leisen. Nach seinen Angaben ist in der Vergangenheit nur knapp die Hälfte der Rinder-Exporte aus Schleswig-Holstein in die 13 kritisierten Staaten über Dätgen gelaufen. Alle sonstigen seien auch bisher über andere Bundesländer



Der Exportstall der Rinderzucht Schleswig-Holstein eG in der Wilhelmshöhe in Dätgen wirkt derzeit wie ausgestorben.

FOTO: BEATE KÖNIG

„Uns ist klar, dass schnellstmöglich ein abgestimmter Umgang gefunden werden muss.“

Jana Ohlhoff,
Landwirtschaftsministerium SH

exportiert worden, weil man sie dort mit Tieren aus anderen Bundesländern für Großabnehmer gebündelt habe.

Landrat Rolf-Oliver Schwemmer (Rendsburg-Eckernförde) ist mit dieser Situation alles andere als glücklich. Dem Tierwohl sei nicht gedient, wenn Betriebe, die vom Moratorium betroffen seien, nun auf Sammelstellen in anderen Bundesländern ausweichen. Unterdessen hat auch der Kreis Storn-

marn beschlossen, bis auf weiteres keine Tiertransporte von Rindern in bestimmte Staaten außerhalb der Europäischen Union mehr zu genehmigen und auch keine Vorlaufatteste für Tiere zum Transport zu Sammelstellen mehr ausstellen. Nach Rendsburg-Eckernförde und Steinburg hatte mit Nordfriesland am Dienstag der dritte Kreis in Schleswig-Holstein ein vorläufiges Verbot für Rindertransporte in bestimmte Staaten außerhalb der EU erlassen. Weitere Kreise dürften diesem Vorgehen folgen.

1000 Rinder traten im vergangenen Jahr aus dem Exportstall in Dätgen bei Nortorf heraus ihre Reise nach Südosteuropa, Nordafrika, Asien oder den Nahen Osten an. „Wir ha-

ben noch nie Schlachtrinder exportiert“, betont Leisen. Es seien „immer nur Zuchtrinder“ gewesen, die in Dätgen verladen wurden. Möglichen Missständen müsse in jedem Einzelfall konsequent nachgegangen werden. „Aber unsere Kunden geben sicher nicht viel Geld für Zuchttiere aus, um diese dann zu quälen.“

Das Landwirtschaftsministerium in Kiel prüft, wie der Sachverhalt juristisch zu bewerten ist. Zudem steht das Thema heute bei einem Arbeitstreffen von Bund und Ländern in Mainz auf der Tagesordnung. „Uns ist klar, dass schnellstmöglich ein abgestimmter Umgang gefunden werden muss“, betont Ministeriumssprecherin Jana Ohlhoff. Bereits heute wollen Schwemmer und der Landrat des Kreises Steinburg gemeinsam mit dem Landkreistag das Ergebnis einer juristischen Prüfung und das weitere Vorgehen erläutern.

Die Tierschutzorganisation ProVieh fordert von der Bundesregierung ein generelles Verbot von Langstrecken-Tiertransporten. Und wenn es tatsächlich um die Züchtung gehe, reiche der Verkauf von Samen völlig aus.

Das Leiden der Tiere

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat den Export von Rindern nach Nordafrika, Südosteuropa, Asien und in den Nahen Osten vorerst gestoppt, um qualvolle Tiertransporte und vor allem brutale Schlachtmethoden in den Zielländern zu verhindern. Auslöser waren der Fachaufsatz eines prominenten Juristen und Medienberichte. Auch die Kreise Steinburg und Stormarn haben entsprechende Export-Stopps erlassen. Die Transporte werden ausgesetzt, bis das Landwirtschaftsministerium den Sachverhalt geprüft und entschieden hat.



Ist der Bauernlobby Profit wichtiger als Tierschutz?

„Eine Gesellschaft wird danach beurteilt, wie sie mit ihren Alten umgeht. So heißt es in einer Redensart. Man könnte ergänzen: Wie sie mit den Tieren umgeht. Der Landesbauernverband hat schon Klage angedroht, wenn der von drei Landkreisen verhängte Transportstopp länger als vier Wochen dauert. Man kann daran erkennen, dass einigen Bauernfunktionären der Profit wichtiger ist als der Tierschutz. Sie haben auch bei der Politik durchgesetzt, dass die eigentlich unzulässigen Schlachtviehtransporte über derartige

Distanzen umdeklariert werden in den Transport von „Zuchtrindern“.

Die Bayern haben mit „Rettet die Bienen!“ eigentlich vorgemacht, wie es gehen könnte. Allerdings ist es bislang nur in Bayern möglich, dass aus einem Volksbegehren ein Gesetz werden kann. Im Rest der Republik ist man aber nicht zum Nichtstun verdammt. Unsere Regierung verweist ja gerne auf Europa zur Lösung des Problems. Im Mai stehen Europawahlen an. Das Europaparlament hat sich ja schon zur Abschaffung dieser Transporte

bekannt. Maßgeblich ist aber die Kommission, der Kandidat mit den besten Chancen auf den Posten des Kommissionschefs kommt aus Bayern und heißt Manfred Weber. Für die deutschen Tierfreunde eine einmalige Gelegenheit, eine eindeutige Stellungnahme zu erzwingen. Das Beispiel Bayern hat gezeigt, dass aktiver Tierschutz heute eine größere Rolle spielt als früher. Daran kann und wird die Bauernlobby nichts ändern. Mit oder ohne Klageandrohung.

Dr. Herbert Port, Kronshagen

Es gibt noch viel zu tun

„Diese Veterinärmediziner haben eine Medaille verdient! Warum müssen überhaupt lebende Tiere, auch innerhalb Europas, ja sogar innerhalb Deutschlands, zum Schlachten über weite Strecken transportiert werden? Wie kann es sein, dass immer wieder Kapitalerträge über das Wohlergehen von Lebewesen gestellt werden? Unfassbar ebenso, dass in geschützten Meeresgebieten intensiver gefischt wird als in nicht geschützten. Ich glaube, es gibt noch viel zu tun, packen wir es an.“

Katrin Bähncck, Dänischenhagen



Vier Millionen Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen werden laut Tierschutzbund jedes Jahr von der EU in Drittländer transportiert – viele von ihnen nur, um sie am Zielort zu schlachten. FOTO: ULRICH PERREY

Zuchtvieh wird nicht geschlachtet

„Wie Klaus Peter Lucht richtig sagt, wird ausschließlich Zuchtvieh von Dätgen aus exportiert. Diese Tiere sind sehr teuer und werden schon aufgrund des hohen Preises nicht geschlachtet. Ach ja, Frau Leydag, auch als bereits pensionierte Lehrerin sollten sie noch wissen, dass Spermaexporte von weiblichen Rindern nicht möglich sind.“

Gerd Bock, Ellerdorf

Einfach nur ein Trauerspiel

” Na endlich passiert mal etwas und es kommt Bewegung in die Sache. Viel zu lange hat die Politik geschwiegen und die Schweinereien geduldet. Haben wir nicht alle gewusst, was mit diesen armen Kreaturen auf dem langen Transport passiert? Zeitungen, Funk und Fernsehen berichten seit langer Zeit über diese katastrophalen Verhältnisse. Es ist einfach nur ein Trauerspiel.

Gerd Bülck, Kirchbarkau

Respekt vor unseren Amtstierärzten

” Den Gedanken von Frau Leydag kann ich nur zustimmen. Ginge es nur um Zucht, müssten auch nicht Tausende von Rindern über Tausende Kilometer gekarrt werden, es würden Samen reichen. Wie viele Zuchttiere sind schon in diese Länder gegangen? Diese Länder müssten schon lange in der Lage sein, eine eigene Rinderzucht auf die Beine zu stellen.

Ich habe großen Respekt vor unseren Amtstierärzten, die Nein sagen zu solchen Trans-

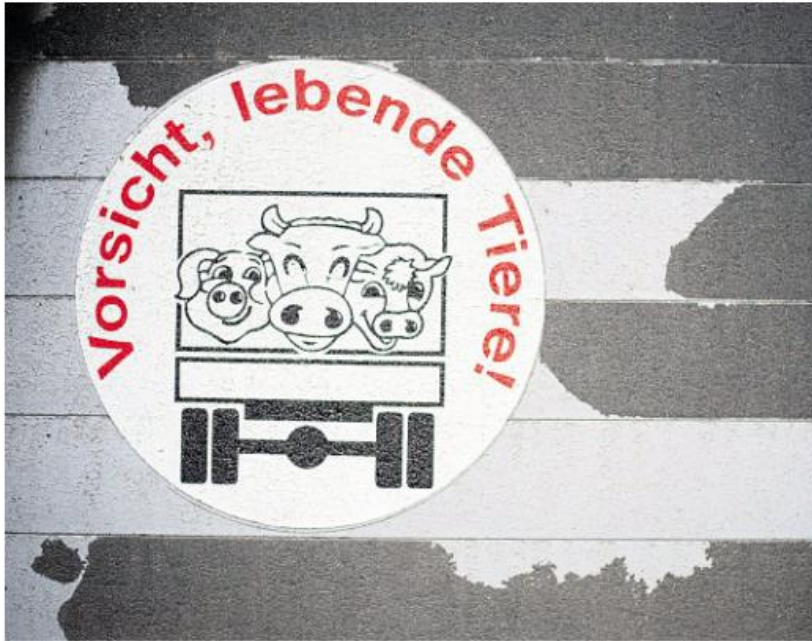
porten. Was hält diese Leute daran, diese Exporte fortzuführen, wo Verstöße während des Transports ebenso Usus sind wie die grausame Schlachtung am Bestimmungsort? Ich würde mich freuen, wenn diese grausame Praxis zumindest mit deutschen Tieren ein Ende nehmen würde. Tierschutz betrifft alle Tiere, nicht nur Hund, Katze und Kanarienvogel.

Angelika Rimbach, Oldenburg

Transporte sind erbarmungslos

” Es ist längst überfällig, diese erbarmungslosen Transporte zu stoppen. Wer einmal die furchtbar geschundenen und verängstigten Tiere beim Transport beobachtet hat, weiß, dass es keine „artgerechten“ Transporte gibt – abgesehen von sadistischen Handlungen in Ländern außerhalb der EU.

Nina Schlüter, Kiel



Tiertransporte verbieten oder genehmigen? Die Kreise sehen für den rechtlichen Handlungsspielraum ihrer Veterinäre dringenden Klärungsbedarf.

FOTO: PHILIPP SCHULZE/DPA

Rinder-Exportverbot: Albrecht unter Druck

Landkreistag wirft Landwirtschaftsminister Versagen vor

Von Matthias Hermann
und Dieter Schulz

RENSBURG/KIEL Im Streit um das Verbot von Rinderexporten in 14 Länder außerhalb der EU gerät Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) immer mehr unter Druck. Die Kreise Dithmarschen, Stormarn, Nordfriesland, Steinburg und Rendsburg-Eckernförde stellen keine Vorlauf-Atteste für Rindertransporte mehr aus. Hintergrund sind juristische Zweifel, ob sich Veterinäre der Beihilfe zur Tierquälerei schuldig machen, wenn sie die Exporte genehmigen, weil der Transport zwar EU-Standards entspricht, nicht aber die Schlachtungen.

Gestern warf der schleswig-holsteinische Landkreistag Albrecht in diesem Zusammenhang sogar Versagen vor. „Dass sich der zuständige grüne Minister wegduckt, werden wir nicht länger hinnehmen“, erklärte dessen Geschäftsführer

Sönke E. Schulz in Rendsburg. Nur die Fachaufsicht im Umwelt- und Landwirtschaftsministerium habe die Möglichkeit, eine einheitliche Handhabung in Schleswig-Holstein sicherzustellen und Rechtssicherheit zu schaffen, sagte Schulz: „Die Kreise erwarten eine unverzügliche Entscheidung des Umwelt- und Landwirtschaftsministers zur weiteren Zulässigkeit von Tiertransporten in Drittländer.“ Der Sachverhalt sei dem Ministerium seit 2017 bekannt.

Rolf-Oliver Schwemer, Landrat von Rendsburg-Eckernförde, beklagte: „Ich erwarte mehr Unterstützung vom Land. Wir bewegen uns auf schwierigstem juristischen Terrain und der Kreis gerät hier an seine Grenzen. Derzeit werden wir allein gelassen.“ Sein Amtskollege im Steinburgischen, Torsten Wendt, ergänzte: „Wir wurden über die unklare Rechtslage am 10. Januar mit einer kommentarlosen E-Mail vom Landwirt-

schaftsministerium informiert. Das kann so nicht richtig sein.“

Der gestrige Beschluss der Kreise ist eine Reaktion auf die Umgehung des Exportverbotes durch die Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein (RSH), die die Tiere über eine Sammelstelle in Niedersachsen verlädt. Das geht durch das Verweigern der Vorlaufatteste jetzt nicht mehr, da ohne diese überhaupt keine Transporte mehr möglich sind.

Ins Rollen hatte die Auseinandersetzung ein gemeinsamer Aufsatz des Juristen Christoph Meisack und des Veterinärs Alexander Rabitsch in einer Fachzeitschrift gebracht. Meisack erklärte dazu gestern gegenüber unserer Zeitung: „Wenn Rinder ohne Betäubung geschlachtet werden, muss es zwangsläufig zu Tierquälerei kommen.“ Und stellte fest: „Selbst wenn dieser Straftatbestand der Tierquälerei im Ausland geschieht, macht sich der Veterinär der Beihilfe schuldig.“

Tiertransporte: Kritik am Ministerium

Kreise fühlen sich mit Problem alleingelassen – Auch Fahrten über Niedersachsen wurden gestoppt

VON HANS-JÜRGEN JENSEN

RENDSBURG. Fünf Kreise in Schleswig-Holstein stopfen die letzten Schlupflöcher für qualvolle Tiertransporte in weit entfernte Länder. Sie erteilen keine Atteste mehr für den Transport der Rinder von den Bauernhöfen zu zentralen Sammelstellen, von wo aus die Transportfahrten starten. Damit ist der Umweg über Niedersachsen dicht.

„Wir wollen wirksam den Tierschutz durchsetzen“, sagte Steinburgs Landrat Torsten Wendt gestern bei einem Pressegespräch in Rendsburg. Seine Amtstierärzte stellen diese Bescheinigungen seit etwa zwei Wochen nicht mehr aus, erklärte der Verwaltungschef. Diesem Schritt schlossen sich inzwischen die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde und Stormarn an, erklärte Sönke Schulz, der Geschäftsführer des Landkreistages.

Vertreter von Kreisen erhoben in dem Gespräch schwere Vorwürfe gegen das Landwirtschaftsministerium. Es lasse die Kreise seit Ende 2017 allein. Damals habe der Kreis Steinburg nach einem Fernsehbericht über qualvolle Transporte in Länder außerhalb der EU das Ministerium um Rat gebeten, aber keine Antwort erhalten. Das Ministerium habe den Veterinärämtern per E-Mail im Januar einen Fachartikel kommentarlos zugeschickt und damit die Kreise mit dem Problem allein-



gelassen. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde habe dem Ministerium vor drei Wochen mitgeteilt, dass er keine Transportgenehmigung mehr erteilt und keine Antwort erhalten.

Steinburgs Landrat Wendt: „Das Ministerium nimmt seine Verantwortung nicht wahr.“ Rolf-Oliver Schwemer, Landrat in Rendsburg-Eckernförde, machte klar, warum die Kreise Hilfe aus Kiel erwarten: „Wir bewegen uns auf schwierigstem juristischem Terrain.“ Jana Ohlhoff, Pressesprecherin von Landwirtschaftsminister

Bis ins rund 6000 Kilometer entfernte Kirgistan gingen Rindertransporte aus Schleswig-Holstein.

FOTO: DPA

Jan Philipp Albrecht versicherte gestern: „Wir sind an dem Thema aktiv dran. Wir werden uns Anfang nächster Woche an die Kreis-Veterinäre wenden und ihnen sagen, wie wir gemeinsam vorgehen werden.“

Indes liegt dem Kreis Rendsburg-Eckernförde ein Rechtsgutachten des Kieler Verwaltungsjuristen Prof. Marcus Arndt vor. Fazit: Zentrale Fra-

gen sind nicht geklärt. Zwar sei eindeutig, dass europäisches Tierschutzrecht auch für die Transporte in weit entfernte Länder gilt. Unklar sei aber, ob die hiesigen Veterinärämter auch dafür verantwortlich sind, was mit den Tieren in den Zielländern geschieht, und ob sie sich der Beihilfe schuldig machen, wenn sie die Transporte genehmigen.

In ihrem Artikel zu einer Fachzeitschrift kommen der baden-württembergische Richter Christoph Maisack und der österreichische Veteri-



Das Ministerium nimmt seine Verantwortung nicht wahr.

Torsten Wendt, Landrat des Kreises Steinburg

när Alexander Rabitsch dagegen zum Ergebnis, „der Tatbestand der Beihilfe“ sei objektiv erfüllt. Die für die Exporte zuständige Rinderzucht-Genossenschaft RSH beharrt, es seien Zuchttrinder und kein Schlachtvieh, das auf die Reise geht. Die beiden Autoren zitieren Quellen, die das als „Ettikettenschwindel“ bezeichnen.

Schwemer hatte als Reaktion auf den Artikel vor einer Woche die Rindertransporte vom Sammelplatz in Dätgen bei Nortorf in 14 Länder in Nordafrika, Südosteuropa, Asien und dem Nahen Osten gestoppt. Das galt zunächst für zwei Wochen, inzwischen verlängerte der Kreis das Exportverbot um weitere zwei Wochen. Damit gilt das Moratorium noch drei Wochen.

Minister will bundesweit Rechtssicherheit

Albrecht stoppt Tiertransporte in EU-Drittländer / Bauernverband kritisiert Kompetenzüberschreitung

Von Margret Kiosz

KIEL Es hat gedauert – aber jetzt hat Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht auf die Hilferufe der Landräte reagiert. Nach bayrischem Vorbild verhängte er gestern Mittag ein auf zunächst vier Wochen befristetes Verbot von Tiertransporten in EU-Drittländer. Wie berichtet, hatten Veterinäre tausende Kilometer weite Fahrten und tierquälerische Schlachtmethode in den Zielländern kritisiert und darauf hingewiesen, dass Tierschutz nicht an den Landesgrenzen endet.



„Das ist genau das, worum wir das Ministerium in den letzten Wochen gebeten haben.“

Rolf-Oliver Schwemer
Landrat, Rendsburg-Eckernförde

Laut Albrecht werden in den kommenden vier Wochen in Schleswig-Holstein keine Transporte genehmigt und auch keine Voratteste ausgestellt. „In dieser Zeit werden wir auf ein bundesweit abgestimmtes und rechtssicheres Vorgehen drängen“, kündigte der Minister an. Noch in dieser Woche will er alle Beteiligten zu einem Runden Tisch einladen – wie es der Landkreistag schon vorgeschlagen hatte.

Der Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde – sein Kreis stellt wie Stormarn, Nordfriesland und Steinburg keine Ausfuhr Atteste mehr aus – begrüßt die Entscheidung aus Kiel. „Das ist genau das, worum wir das Ministerium in den letzten Wochen gebeten haben“, erklärte Rolf-Oliver Schwemer. Jetzt gebe es die er-



Zum Wohle der Rinder: Schleswig-Holstein verhängt ein vierwöchiges Transport-Moratorium. FOTO: DPA

forderliche Klarheit, wie man sich auf Kreisebene verhalten soll. „Ein einheitliches Vorgehen der Veterinäre in Schleswig-Holstein ist damit gesichert.“ Albrechts Erlass verschaffe Luft, „um auf Bundesebene, besser noch auf EU-Ebene, zu einer abgestimmten Lösung zu kommen“.

Laut Albrecht gibt es Bemühungen, bundesweit eine Liste von Ländern zu erstellen, in denen die Rahmenbedingungen für den Tierschutz nicht den Anforderungen genügen. Derzeit betroffen vom befristeten Exportverbot sind folgende Länder: Türkei, Jemen, der Libanon, Marokko, Algerien,

Ägypten, Aserbaidschan, Syrien, Jordanien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Am vergangenen Freitag hatte der Landkreistag Albrecht Versagen vorgeworfen. Dass sich „der zuständige grüne Minister wegduckt, wollten wir nicht länger dulden“, teilten Schwemer und seine Kollegen mit.

Während FDP und Grüne Albrechts befristetes Exportverbot gutheißten, kommt Kritik vom Bauernverband: Es sei nicht Aufgabe des Ministers oder einer Kreisverwaltung, den Export in Drittländer durch die Verweigerung von Gesundheits-Attesten zu stop-

pen. Die Kompetenz sowohl für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts als auch für den Tierschutz liege vielmehr beim Bund. Zudem gebe es auch keine rechtlichen Gründe für die Versagung der Exportgenehmigungen. Aufgrund eines „rechtlich fragwürdigen Artikels von Tierschutzseite“ und einer offenbar willkürlichen Länderliste den Drittland-Export weitgehend zum Erliegen zu erbringen, entbehre jeglicher Grundlage. „Die Bauern haben für dieses Lavieren zu ihren Lasten keinerlei Verständnis“, betont Bauernverbandschef Werner Schwarz.

Stopp für Tiertransporte in Nicht-EU-Staaten

KIEL Angesichts der Debatte um tierquälerische Tiertransporte in Nicht-EU-Staaten hat Schleswig-Holstein einen vorläufigen Exportstopp verhängt. Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) gab gestern in Kiel einen zeitlich befristeten Erlass an die entsprechenden Kreisveterinärämter im Land heraus. Danach werden in den kom-

menden vier Wochen in Schleswig-Holstein keine Transporte genehmigt. „In dieser Zeit werden wir auf ein bundesweit abgestimmtes und rechtssicheres Vorgehen drängen“, kündigte der Minister an. Bisher hatten vier Kreise in Schleswig-Holstein eigenmächtig einen Exportstopp verhängt. *sh:z*

Seite 4

Land verbietet Rinder-Export

KIEL. Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht hat Tiertransporte in 14 Nicht-EU-Länder vorläufig verboten. Der Grüne reagierte damit auf massive Kritik der Kreise, die, wie zuerst Rendsburg-Eckernförde, auf eigene Faust Rindertransporte untersagt hatten. Das Export-Verbot ist zu nächst auf vier Wochen befristet. In diesem Zeitraum will Albrecht eine bundeseinheitliche Lösung erreichen. Kritik kam vom Bauernverband.

» SCHLESWIG-HOLSTEIN | 11



Die Debatte geht weiter: Es geht um Rinder-Exporte in Länder, in denen der Tierschutz nach EU-Standards nicht sichergestellt ist. FOTOS: IMAGO/ROBERTHARDING/HANS-JÜRGEN JENSEN

Albrecht stoppt Rinder-Exporte

Landwirtschaftsminister verhängt Ausfuhr-Verbot für 14 Nicht-EU-Länder in den nächsten vier Wochen

VON FRIDA KAMMERER

KIEL. Nach massiver Kritik der Landkreise hat Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Die Grünen) die Flucht nach vorn angetreten: In den nächsten vier Wochen (bis zum 25. März) gilt ein Export-Stopp für Rinder in 14 Nicht-EU-Länder. Beifall bekam Albrecht von Tierschützern und vom Kreis Rendsburg-Eckernförde, der zunächst im Alleingang Landstrecken-Transporte etwa nach Nordafrika untersagt hatte. Der Bauernverband kritisierte den Ministererlass. Die Rinderzuchtverband Schleswig-Holstein (RSH) reichte nach Informationen unserer Zeitung eine Klage gegen einen der vier Landkreise ein, die die Transporte zunächst gestoppt hatten.

„In den nächsten vier Wochen werden wir auf ein bundesweit abgestimmtes und rechtssicheres Vorgehen drängen“, sagte Minister Albrecht gestern. Ob das gelingt, ist offen. Zeitgleich zur Beratung auf Bundesebene soll deshalb in Schleswig-Holstein ein Run-



„Das ist genau das, worum wir das Ministerium in den letzten Wochen gebeten haben.“

Rolf-Oliver Schwemer,
Landrat Kreis Rendsburg-Eckernförde

der Tisch einberufen werden, um zur Not eine Lösung auf Landesebene zu finden. Bislang ist die Rechtslage unklar: Umstritten ist, ob sich die Veterinäre strafbar machen, wenn sie Tiertransporte in Länder genehmigen, in denen der Tierschutz nach EU-Standard nicht sichergestellt ist. Der Ex-

port-Stopp gilt für die Türkei, den Jemen, Libanon, Marokko, Algerien, Ägypten, Aserbaidschan, Syrien, Jordanien, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Der Bauernverband kritisierte Albrecht für seine Entscheidung. „Die EU-Vorschriften für Tiertransporte gelten auch für den Transport in Drittländer“, sagte Verbandspräsident Werner Schwarz. „Die Einhaltung muss sichergestellt werden.“ Den Drittlandexport weitgehend zum Erliegen zu erbringen, entbehre jeglicher Grundlage. Durch einen kompletten Stopp des Exportes würden den schleswig-holsteinischen Züchtern erhebliche Schäden entstehen.

„Pro Vieh“ begrüßt den Aufschub durch Albrecht

Unterstützung bekam der Minister von der FDP-Fraktion: „Veterinäre und Kreise brauchen dringend Rechtssicherheit darüber, nach welchen Regeln sie Tierexporte genehmigen dürfen, ohne mit

einem Bein im Gefängnis zu stehen“, sagte FDP-Fraktionsmanager Oliver Kumbartzky. Auch Angela Dinter von „Pro Vieh“ begrüßt den Aufschub von Albrecht: „Tierwohl darf nicht nur Sache der Tierärzte sein. Es ist ein richtiges Signal an die Bundesregierung, dass sie dringend handeln muss.“ Man dürfe die Tierärzte mit der Entscheidung nicht allein lassen, denn diese würden so in ein moralisches Dilemma gebracht: „Auch Schlachtbullen können als Zuchtbullen deklariert werden und irgendwann landet jedes Zuchttier beim Schlachter“, ergänzte Dinter. Langstreckentransporte seien generell nicht mit dem Tierschutz vereinbar. „Heute können Spermata und Embryonen verschickt werden. Dass Tiere zur Zucht mehrere Tage auf einem Transporter gefahren werden, ist nicht nötig.“

Matthias Leisen von RSH sieht das anders: Spermata und Embryonen würden schon vielfach ins EU-Ausland verkauft, jedoch könne man eine Herde am effizientesten mit lebenden Tieren aufbauen.

Rolf-Oliver Schwemer, Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde, der den Stein ins Rollen gebracht hat, begrüßte die Entscheidung des Landwirtschaftsministers: „Das ist genau das, worum wir das Ministerium in den letzten Wochen gebeten haben.“

Bereits Ende 2017 hatte der Kreis Steinburg nach einem Fernsehbericht über qualvolle Tiertransporte in Länder außerhalb der EU beim Landwirtschaftsministerium um Hilfe gebeten, bekam aber angeblich keine Antwort. Im Januar diesen Jahres soll das Ministerium kommentarlos einen Fachartikel geschickt haben.

Nicht nur in Steinburg fühlte man sich alleingelassen. Sönke Schulz, Geschäftsführer des Landkreistags, freute sich über die Entscheidung Albrechts: „Der Erlass schafft für eine Übergangszeit die erforderliche Rechtssicherheit und gibt Gelegenheit, gemeinsam mit den Landwirten und den Rinderzüchtern Möglichkeiten auszuloten, wie man zukünftig Tierschutz und wirtschaftliche Interessen zusammenbringt.“

Streit um Tierexport spitzt sich zu

KIEL Im Konflikt um tierquälerische Rindertransporte in Nicht-EU-Staaten hat Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) eine Lösung für das gemeinsame Vorgehen von Bund, Ländern und gefordert. Albrecht hatte am Montag einen landesweiten Exportstopp für zunächst vier Wochen verhängt. Für morgen hat der Minister die Kreisveterinäre, Vertreter von Bauern- und Tierschutzverbänden sowie den Tierschutzbeauftragten des Landes zu einem Runden Tisch nach Kiel geladen. Zumindest der Geschäftsführer der Rinderzucht Schleswig-Holstein (RSH), Matthias Leise, wird das Treffen boykottieren. „Aus unserer Sicht geht es in erster Linie um eine juristische Bewertung“, so Leise gestern. RSH hat den Kreis Steinburg auf Ausstellen der Transport-Atteste verklagt und will die juristische Klärung beim Verwaltungsgericht in Schleswig in einem beschleunigten Verfahren herbeiführen. *dds*

Rinderzüchter verklagen Kreis Steinburg

Land bleibt beim Export-Stopp hart: Verband hatte Atteste für elf Tiere gefordert und nicht bekommen

VON FRIDA KAMMERER

KIEL. Im Streit um die Zulässigkeit von Tiertransporten in Nicht-EU-Länder hat der Verband Rinderzucht Schleswig-Holstein (RSH) Klage gegen den Landkreis Steinburg eingereicht. Hintergrund ist die Debatte um den von Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) verhängten Stopp von Exporten in 14 Länder, in denen das Tierwohl nicht nach europäischen Standards sichergestellt sein soll. Bisher ist rechtlich unsicher, ob sich Tierärzte, die Atteste für den Export in diese Länder ausstellen, strafbar machen.

RSH hatte vor einer Woche

Atteste für den Export von elf Rindern nach Marokko beantragt. Die Tierärzte in Steinburg weigerten sich jedoch. Durch eine Klage gegen den Landkreis bekam RSH einen vorläufigen Rechtsschutz – und der Landkreis eine Frist bis gestern, 18 Uhr, die Atteste zu gewähren. Der Kreis ließ die Frist verstreichen. Um sich gegen die Klage abzusichern, wandte sich Steinburgs Landrat Torsten Wendt an das Landwirtschaftsministerium, das die Ausstellung der Atteste per Anweisung untersagte. Jetzt muss das Gericht im Verlauf des heutigen Tages eine einstweilige Entscheidung fällen.

Der Rinderzucht-Verband

begründete seine Klage damit, dass die zu exportierenden Tiere trächtig seien. Betroffen sind Schlacht-, Nutz- und Zuchttiere. Erst am Montag hatte der Landwirtschaftsminister den Erlass herausgegeben, der bis zum 24. März Transportgenehmigungen in die Türkei, Marokko sowie Staaten im Nahen Osten und in Asien verbietet.

Albrecht forderte gestern außerdem den Bund zu zügigem Handeln auf. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) müsse in den kommenden Wochen eine Lösung für ein gemeinsames Vorgehen von Bund, Ländern und Kreisen vorlegen, sagte er.

Nach ersten Hinweisen auf untragbare Bedingungen bei Tiertransporten in diese Länder habe die Agrarministerkonferenz bereits im April 2018 auf Antrag Schleswig-Holsteins den Bund aufgefordert, rechtliche Klarheit über die Möglichkeiten für Transportverbote zu schaffen, begründete Albrecht. Seither sei seitens des Bundes nichts geschehen. „Dieses Versagen sorgt dafür, dass Länder und Kreise für die Verweigerung von tierschutzwidrigen Bedingungen in Haftung genommen werden.“ Auch Bayern will zum Schutz der Tiere Viehtransporte deutlich einschränken.

Verwaltungsgericht erlaubt Rindertransporte

SCHLESWIG Teilerfolg für die Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein (RSH): Das Verwaltungsgericht Schleswig verpflichtete den Kreis Steinburg gestern, ein tierärztliches Attest für den Transport von 21 Zuchtrindern von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen auszustellen. Von dort sollen die Rinder nach Marokko geliefert werden. Der Kreis hatte

dies verweigert, da Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) Tiertransporte in Drittländer außerhalb der EU wegen tierschutzrechtlicher Bedenken bis zum 24. März dieses Jahres ausgesetzt hat. Der Steinburger Landrat Torsten Wendt kündigte an, gegen den Entscheid Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einzulegen. **Seite 4**

Verwaltungsgericht hebt Albrecht-Erlass aus

SCHLESWIG Neuer Zündstoff für den heutigen Runden Tisch von Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) zum Export von Rindern in Drittländer außerhalb der EU: Das Verwaltungsgericht Schleswig hat in einem Eilverfahren einer Klage der Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein (RSH) stattgegeben und den Kreis Steinburg dazu verpflichtet, tierärztliche Atteste für den Transport von 21 Zuchtrindern von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen zu erteilen. Dies ist eigentlich durch einen Erlass von Albrecht untersagt. Der Minister will damit eine Umgehung seines Exportverbotes für Tier in Drittstaaten außerhalb der EU verhindern. Und tatsächlich sollen die 21 Rinder von der Verladestelle in Niedersachsen nach Marokko exportiert werden.

Das Verwaltungsgericht stellte jedoch klar, dass es in den Verfahren nicht um die Frage ging, ob der Transport der Rinder von Niedersachsen nach Marokko tierschutzrechtlich zu genehmigen sei. Diese Prüfung obliege allein den zuständigen Amtstierärzten in Niedersachsen im Rahmen der Ausstellung der grenzüberschreitenden Transport-Bescheinigung, so

die Schleswiger Richter. Vielmehr sei durch das Veterinäramt des Kreises Steinburg nur zu prüfen gewesen, ob die viehseuchenrechtlichen Anforderungen erfüllt sind. Da dies der Fall sei, bestehe ein Anspruch auf Erteilung eines Vorlauf-Attests.

„Das ist kein guter Tag für den Tierschutz“, erklärte der Steinburger Landrat Torsten Wendt (parteilos). Hier würden Lücken im Tierschutz aufgetan, die er für problematisch halte, so Wendt gestern und kündigte für den heutigen Runden Tisch bei Albrecht an: „Ich werde an den Minister appellieren, sich mit seinem niedersächsischen Kollegen in Verbindung zu setzen, damit dieser einen besonderen Blick auf das Vorgehen hat. Die Lösung kann nur eine politische sein.“ Für den agrarpoliti-

schen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, bringt der Gerichtsentcheid „die in den vergangenen Tagen sehr emotional geführte Diskussion wieder auf eine sachliche Ebene zurück“. Er sieht den Bund in der Pflicht. Auch Albrecht drängt auf eine bundesweit einheitliche Liste von Staaten, in denen der Tierschutz nicht den generellen Anforderungen genügt. Dies solle eine Entscheidungshilfe für Kreisveterinäre sein, so Albrecht. Er will in der kommenden Woche die Landräte und die betroffenen Zuchtungsunternehmen sowie deren Verbände zu einem Klärungsgespräch einladen. Seine Sprecherin betonte gestern, dass die Genehmigungen von Transporten in Drittländer weiterhin für vier Wochen ausgesetzt bleiben. *dds*



Türkei, Jemen, Libanon, Marokko, Algerien, Ägypten, Aserbaidschan, Syrien, Jordanien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – für diese Länder gilt in Schleswig-Holstein ein Exportstopp für Rinder. FOTO: ADOBESTOCK

Schlappe für Albrecht

Stopp des Exportstopps eine bittere Pille

☛ Umweltminister Jan Philipp Albrecht kommt einfach nicht in die Spur. Nach den Startproblemen des Ex-EU-Abgeordneten und einigen Dauer-Dramen wie um den Wolf hat jetzt das Verwaltungsgericht Schleswig kurzen Prozess gemacht mit seinem erst am Montag vollmundig verkündeten Exportstopp für Rinder in 14 EU-Länder. Der ist in der Praxis leicht auszuhebeln und damit nicht durchsetzbar. Für den frisch gebackenen Volljuristen Albrecht ist das eine bittere Pille. Für den grünen Minister ist es ein erster dicker Kratzer im ohnehin blassen Lack.

Kaum besser ist die Reaktion des Ministeriums. Der Standard-Hinweis, man müsse den Beschluss des Gerichts umfassend prüfen, ist ob der klaren Rechtslage eher peinlich. Natürlich kann Albrechts Exportstopp nur für Direktexporte von Schleswig-Holstein nach Marokko, Algerien & Co gelten, aber eben nicht für Transporte mit Zwischenstopp und Kontrolle in Niedersachsen. Für die dortigen Tierärzte ist Hannover zuständig.

Der Erfolg der Rinderzüchter mit ihrem Zwischenstopp-Trick könnte sich allerdings als Pyrrhussieg erweisen. Denn in der Sache haben die Tierschutzverbände und die aufmerksamen Kreisveterinäre in Schleswig-Holstein recht. Rindertransporte über mehrere Tausend Kilometer sind selbst bei idealen Bedingungen nicht tiergemäß. Insofern ist zu hoffen, dass Albrecht zumindest bei seinen Verhandlungen über eine Bundesregelung politisch so erfolgreich ist, dass Rinderexporte in bestimmte Länder auch juristisch sauber untersagt werden können.

Schleswig lässt Rinder-Export zu

KIEL. Im Streit um den Exportstopp hat sich der Verband Rinderzucht Schleswig-Holstein vor Gericht durchgesetzt. Das Verwaltungsgericht Schleswig forderte den Landkreis Steinburg gestern dazu auf, Voratteste für den Export von 21 Rindern über Niedersachsen nach Marokko auszustellen. Damit ist der Erlass von Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) faktisch gekippt. Der Landkreis will Beschwerde einlegen.

» KOMMENTAR | 2, SH | 11

Richter heben Stopp von Tiertransporten auf

Verwaltungsgericht weist Landkreis Steinburg an, Voratteste für Rinderexporte nach Marokko auszustellen

VON FRIDA KAMMERER

KIEL. Das Verwaltungsgericht in Schleswig hat den vorläufigen Stopp von Tiertransporten aus Schleswig-Holstein in 14 Staaten außerhalb der EU praktisch aufgehoben. Der Landkreis Steinburg wurde gestern per einstweiliger Verfügung aufgefordert, Vorlaufatteste für 21 Rinder, die über Niedersachsen nach Marokko exportiert werden sollen, auszustellen.

Das Landwirtschaftsministerium sah den Beschluss als Beitrag zur Schaffung von Rechtssicherheit. „Wir werden das gemeinsam mit den Kreisveterinären beim Runden Tisch

diskutieren“, sagte Sprecherin Jana Ohlhoff.

Die Rinderzucht Schleswig-Holstein (RSH) hatte Klage gegen den Landkreis eingereicht, um die Herausgabe der Voratteste zu erzwingen. RSH betonte, es sei nicht um die Frage gegangen, ob der Transport von Niedersachsen nach Marokko tierschutzrechtlich zu genehmigen sei. Diese Prüfung obliege allein den Amtstierärzten in Niedersachsen im Rahmen der Ausstellung der grenzüberschreitenden Transportbescheinigung, erläuterte ein Gerichtssprecher. „Für uns ist mit diesem Beschluss eine von vielen juristischen Fragen geklärt

– vorerst“, kommentierte RSH-Geschäftsführer Matthias Leisen. „Wir bedauern, dass das Ministerium uns nicht gleich gefolgt ist“, erklärte Kirsten Hess vom Bauernverband.

Steinburgs Landrat Torsten Wendt nannte die Entscheidung „bedauerlich“ und „inhaltlich falsch“. Der Landkreis wolle Beschwerde gegen den Beschluss einlegen und vor das Oberverwaltungsgericht zie-

hen. Teile der Argumentation des Landkreises seien vor Gericht nicht beachtet worden. „Auf dem Vorattest ist das Ziel-land, in diesem Fall Marokko, schon eingetragen. Das kann ein Tierarzt nicht ignorieren.“

Laut Verwaltungsgericht soll das Veterinäramt des Kreises Steinburg nur prüfen, ob die viehseuchenrechtlichen Anforderungen erfüllt sind. Da dies der Fall sei, bestehe ein Anspruch auf Erteilung eines Vorlaufattests. Dem stehe auch der Ministeriumserlass nicht entgegen, da er das Verwaltungsgericht nicht binde und zudem in die Kompetenz niedersächsischer Behörde eingreife.

➔ **Der Kreis will Beschwerde einlegen – er sieht seine Argumente nicht ausreichend gewürdigt.**



Vorbereitungen

Rendsburg Der Kreis will auch finanziell auf gerichtliche Auseinandersetzungen zum Exportstopp für Rinder vorbereitet sein – Landrat Schwemer will dafür 60 000 Euro bewilligt bekommen.

SEITE 10

Kreis bereitet sich auf Klagen vor

Rinderexportverbot: Verwaltung will sich vorsorglich 60 000 Euro für Gerichtskosten genehmigen lassen

Von Dirk Jennert und Matthias Hermann

RENSBURG Der Kreis Rendsburg-Eckernförde stellt sich auf eine mögliche gerichtliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Verbot von Rinderexporten in bestimmte Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union ein. Dafür soll der Hauptausschuss rund 60 000 Euro für eine überplanmäßige Ausgabe genehmigen.

Landwirtschaftsminister Jan-Philipp Albrecht (Grüne) hatte das Verbot auf Drängen der Kreise verfügt.



„Ich rechne damit, dass wir nach dem Ende des Moratoriums wieder auf uns allein gestellt sind.“

Dr. Rolf-Oliver Schwemer
Landrat

Es läuft am 25. März aus. Bis dahin soll eine bundesweit einheitliche Regelung gefunden werden. Landrat Rolf-Oliver Schwemer glaubt jedoch nicht, dass der Minister kurzfristig Erfolg haben wird. „Ich rechne damit, dass wir nach dem Ende des Moratoriums wieder auf uns allein gestellt sind“, so Schwemer. Für diesen Fall müssten die Veterinäre des Kreises im

Einzel Fall entscheiden, ob ein Export von Tieren in Drittstaaten außerhalb der EU erlaubt wird.

Damit läge das juristische Risiko beim Kreis. Denn Bauern oder Züchter, denen die Exportgenehmigung versagt wird, könnten klagen. Das Veterinäramt verfügt jedoch bisher nicht über das nötige Budget, um einen Rechtsstreit zu finanzieren. Deswegen will sich Schwemer von der Politik vorsorglich eine „überplanmäßige Ausgabe“ über 60 000 Euro genehmigen lassen. Entscheiden soll der Hauptausschuss am Donnerstag, 7. März. Was das Exportverbot anbelangt, sieht sich die Kreisverwaltung auf der richtigen Seite: „Die Verwaltung ist sicher, eine rechtlich nachvollziehbare Entscheidung getroffen zu haben“, heißt es in einer Unterlage für den Hauptausschuss.

Die Debatte über das Verbot von Rinderexporten hatte der Kreis Rendsburg-Eckernförde selbst ausgelöst. Am 14. Februar entschied Schwemer als erster Landrat in Schleswig-Holstein, zunächst für zwei Wochen keine Tiertransporte von Nutz- und Zuchttieren in Drittstaaten zu genehmigen. Konkret betroffen waren die Staaten Türkei, Jemen, Libanon, Marokko, Algerien, Ägypten, Aserbaidschan, Syrien, Jordanien, Kasachstan,



Seit dem 14. Februar dürfen keine Rinder über Dätgen in Drittstaaten wie Jemen, Marokko oder Aserbaidschan exportiert werden. FOTO: DPA

Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zu genehmigen. Grund hierfür war der begründete Verdacht, dass das EU-Tierschutzrecht nicht bis zum Zielort gewährleistet ist. Die Entscheidung besaß eine besondere Tragweite, weil sich die einzige maßgebliche Verladestelle für Nutz- und Zuchttiere innerhalb Schleswig-Holsteins bei Dätgen im Kreis Rendsburg-Eckernförde befindet. Dem Tiertransportverbot schlossen sich

innerhalb weniger Tage weitere Kreise an. Auf Drängen des Landkreistages mischte sich Landwirtschaftsminister Jan-Philipp Albrecht (Grüne) ein und verfügte am 25. Februar einen befristeten landesweiten Exportstopp. Dieser läuft am 25. März aus. Eine vorläufige Gerichtsentscheidung gibt es bereits: Nachdem sich mehrere Kreise geweigert hatten, sogenannte Vorlaufatteste auszustellen und damit den Export über Sammelstellen in ande-

ren Bundesländern unmöglich gemacht hatten, kam es zu einer Klage der Rinderzucht-Genossenschaft Schleswig-Holstein (RSH). Die RSH bekam von Schleswiger Verwaltungsrichtern in einem konkreten Fall recht. Mit einer weiteren gerichtlichen Überprüfung wird gerechnet. Ob überhaupt und in welchem Umfang gerichtliche Verfahren gegen den Kreis anhängig gemacht werden, ist derzeit nicht zu sagen.

Anlage

Stadt, Amt, Gemeinde	Alt. 1:		Alt. 2:		50 % Alt. 1	50 % Alt. 2	Überweisungs- betrag (Mittelwert)
	Nach Anteil tatsächlich aufgenommener Flüchtlinge 2015-2018		Anzahl der am 31.12.2018 in den EMAs gemeldeten Neuzugewanderten aus den 7 HKL				
Stadt Büdelsdorf	185	24.203,29 €	183,00	22.251,58 €	12.101,64 €	11.125,79 €	23.227,44 €
Stadt Eckernförde	436	57.041,26 €	537,00	65.295,63 €	28.520,63 €	32.647,81 €	61.168,45 €
Stadt Rendsburg	448	58.611,20 €	2391,00	290.729,70 €	29.305,60 €	145.364,85 €	174.670,45 €
Amt Achterwehr	229	29.959,75 €	178,00	21.643,62 €	14.979,87 €	10.821,81 €	25.801,68 €
Amt Bordschholm	294	38.463,60 €	331,00	40.247,40 €	19.231,80 €	20.123,70 €	39.355,50 €
Amt Dänischenhagen	177	23.156,66 €	93,00	11.308,18 €	11.578,33 €	5.654,09 €	17.232,42 €
Amt Dänischer Wohld	332	43.435,09 €	159,00	19.333,34 €	21.717,54 €	9.666,67 €	31.384,22 €
Amt Eiderkanal	240	31.398,86 €	133,00	16.171,92 €	15.699,43 €	8.085,96 €	23.785,39 €
Amt Flintbek	159	20.801,74 €	136,00	16.536,70 €	10.400,87 €	8.268,35 €	18.669,22 €
Amt Fockbek - Hohner Harde	382	49.976,52 €	194,00	23.589,11 €	24.988,26 €	11.794,55 €	36.782,81 €
Amt Hüttener Berge	273	35.716,20 €	70,00	8.511,53 €	17.858,10 €	4.255,77 €	22.113,87 €
Amt Jevenstedt	218	28.520,63 €	167,00	20.306,09 €	14.260,32 €	10.153,04 €	24.413,36 €
Amt Mittelholstein	490	64.106,01 €	297,00	36.113,22 €	32.053,00 €	18.056,61 €	50.109,62 €
Amt Molfsee	165	21.586,72 €	90,00	10.943,40 €	10.793,36 €	5.471,70 €	16.265,06 €
Amt Nortorfer Land	351	45.920,83 €	81,00	9.849,06 €	22.960,42 €	4.924,53 €	27.884,95 €
Amt Schlei - Ostsee	367	48.014,09 €	99,00	12.037,74 €	24.007,04 €	6.018,87 €	30.025,92 €
Gemeinde Altenholz	203	26.558,20 €	216,00	26.264,16 €	13.279,10 €	13.132,08 €	26.411,18 €
Gemeinde Kronshagen	235	30.744,72 €	225,00	27.358,50 €	15.372,36 €	13.679,25 €	29.051,61 €
Gemeinde Wasbek	43	5.625,63 €	44,00	5.350,11 €	2.812,81 €	2.675,05 €	5.487,87 €
Anteil Restmittel IAP 2018		683.841,00 €		683.841,00 €			683.841,00 €